

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus

---

Sitzungsdatum: Dienstag, den 05.11.2019  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:35 Uhr  
Ort, Raum: Sitzungszimmer des Rathauses der Stadt Dinklage

**Anwesend:**

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Frank Bittner

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Carl Heinz Putthoff

Protokollant/in

Frau Edith Nuxoll

ordentliches Mitglied

|                         |     |
|-------------------------|-----|
| Frau Claudia Bausen     | BFD |
| Herr Joseph Behrens     | CDU |
| Herr Tim Julian Dorniak | CDU |
| Herr Dr. Thomas Gnosa   | SPD |
| Frau Galina Oldenburger | BFD |
| Frau Elisabeth Voet     | CDU |
| Herr Matthias Windhaus  | SPD |
| Frau Susanne Witteriede | SPD |

Vertreter

|                    |     |
|--------------------|-----|
| Herr Wulf Schwarte | CDU |
|--------------------|-----|

Ausschussvorsitzende/r

|                     |     |
|---------------------|-----|
| Herr August Scheper | CDU |
|---------------------|-----|

stellv. Ausschuss Vorsitzende/r

|                      |     |
|----------------------|-----|
| Herr Andreas Nordiek | CDU |
|----------------------|-----|

beratendes Mitglied

|                           |       |
|---------------------------|-------|
| Frau Claudia Meyer-Blömer | Grüne |
|---------------------------|-------|

**Abwesend:**

ordentliches Mitglied

|                       |     |
|-----------------------|-----|
| Frau Tanja Ruhe       | CDU |
| Herr Andreas Windhaus | CDU |

## **Tagesordnung:**

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2** Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 12.09.2019 - öffentlicher Teil
- 3** Antrag des Schulverbundes der Ober-, Haupt- und Realschulen des Landkreises Vechta auf Kostenübernahme für die Berufseinstiegsbegleitung  
Vorlage: DS-18-0393
- 4** Antrag des Schulverbundes der Ober-, Haupt- und Realschulen des Landkreises Vechta auf finanzielle Beteiligung an Regionalen Projekten an der Oberschule  
Vorlage: DS-18-0394
- 5** Antrag des Jugendtreff Dinklage auf Förderung der inklusiven Kulturveranstaltung "Festival of Differences"  
Vorlage: DS-18-0395
- 6** Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2020  
Vorlage: DS-18-0398
- 7** Beratung über die Eckdaten für das Haushaltsjahr 2020
- 8** Mitteilungen
- 8.1** Mitteilung des Bürgermeisters hinsichtlich Teilnahme an Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung
- 8.2** Mitteilung des Bürgermeisters hinsichtlich Kindergarten "In der Wiek"
- 9** Anfragen und Anregungen
- 9.1** Anfrage von Herrn M. Windhaus bezüglich Breitbandausbau
- 9.2** Anfrage von Frau Bausen bezüglich Blühstreifen im Baugebiet "Mühlenbachtal"
- 9.3** Anregung von Frau Bausen hinsichtlich Befahrung des Parks im Baugebiet "Mühlenbachtal"

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Vorsitzender Scheper eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus um 18.00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**zu 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 12.09.2019 - öffentlicher Teil**

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus des Rates der Stadt Dinklage vom 12.09.2019 - öffentlicher Teil -

**Abstimmungsergebnis:** Stimmenmehrheit bei 2 Enthaltungen

**zu 3 Antrag des Schulverbundes der Ober-, Haupt- und Realschulen des Landkreises Vechta auf Kostenübernahme für die Berufseinstiegsbegleitung  
Vorlage: DS-18-0393**

Bürgermeister Bittner verweist auf die Drucksache DS-18-0393 und erläutert den Sachverhalt.

Er führt ergänzend aus, dass seitens der Hauptverwaltungsbeamten das Projekt keineswegs in Frage gestellt wird – im Gegenteil. Es werde sehr positiv gesehen. Jedoch seien die Kommunen die falsche Adresse; die finanzielle Unterstützung müsse vom Bund bzw. Land erfolgen.

Es folgt eine rege Diskussion, in der u. a. Herr M. Windhaus erläutert, dass hier die Sinnhaftigkeit des Projekts nicht in Frage gestellt wird. Hier gehe es um Zuständigkeiten hinsichtlich der Finanzierung. S. E. könne es nicht angehen, dass Bund oder Land eine Projektförderung ohne Grund einstelle, mit der Konsequenz, dass die Kommunen die Finanzierung sichern sollen oder, dass die – oftmals sinnvollen – Projekte nicht weitergeführt werden können. Verantwortlich für das Projekt sei in erster Linie das Land bzw. Bund.

Herr Nordiek erläutert auf Anfrage die seinerzeitige Entstehung/Entwicklung des Angebots der Agentur für Arbeit zur Berufsbegleitung / Berufseinstieg und wie es zu den unterschiedlichen Schülerzahlen bei den jeweiligen Schulen gekommen ist. Bei den Berufseinstiegsbegleitern handele es sich nicht um Lehrkräfte der jeweiligen Schulen. Der Bildungsträger habe die Leistung beauftragt; von dort werde das Personal gestellt.

Er weist weiter darauf hin, dass es sich bei Weiterführung des Projektes um eine laufende Finanzierung handelt.

Frau Witteriede führt aus, dass der Schulverbund in seinem Antrag zwei Varianten aufgeführt hat. Sie regt an, weitere Varianten in Betracht zu ziehen, wie z. B. eine Förderung über die Stiftung Senior Experten Service in Bonn. Die Stiftung sei weltweit mit Ehrenamtlichen tätig und fördere in Deutschland u. a. junge Menschen in Schule und Ausbildung.

Frau Bausen führt aus, dass es i. E. wichtig ist, die Zuständigkeiten zu klären – auch im Hinblick auf andere Projekte. Darüber hinaus sollte nach weiteren Möglichkeiten der Finanzierung - sprich andere Fördermittel - gesucht werden, wie z. B. das Teilhabepaket oder andere.

Auf Antrag von Herrn Nordiek ergeht folgender

**Beschlussvorschlag:**

Eine Kostenübernahme für die Berufseinstiegsbegleitung wird seitens der Stadt Dinklage nicht gewährt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**zu 4       Antrag des Schulverbundes der Ober-, Haupt- und Realschulen des Landkreises Vechta auf finanzielle Beteiligung an Regionalen Projekten an der Oberschule**  
**Vorlage: DS-18-0394**

Bürgermeister Bittner verweist auf die Drucksache DS-18-0394 und erläutert den Sachverhalt.

Es folgt eine rege Diskussion, in der Herr Dorniak erklärt, dass s. E. das Projekt weiterhin finanziert werden sollte; jedoch für die Zukunft überlegt werden sollte, ob das Projekt seitens der Lehrkräfte / Schulsozialarbeiter durchgeführt werden kann.

Herr Nordiek führt aus, dass das Projekt auch von den anderen Kommunen mit getragen werde. Insofern solle s. E. auch die Stadt Dinklage die entsprechenden Mittel für das Schuljahr 2019/2020 zur Verfügung stellen. Er regt jedoch an, die Thematik auf Ebene der Hauptverwaltungsbeamten nochmals zu diskutieren mit dem Ziel, andere Ideen zu entwickeln (z. B. Durchführung von Lehrkräften / Schulsozialarbeitern – evtl. auch mit Wechsel der Schulen, so dass „jemand von Außen“ die Projekte durchführt).

Auf Antrag von Herrn Nordiek ergeht folgender

**Beschlussvorschlag:**

Für die Regionalen Projekte des Schulverbundes der Ober-, Haupt- und Realschulen im Landkreis Vechta werden Mittel in Höhe von 8.800,00 € für das Schuljahr 2019/2020 zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**zu 5       Antrag des Jugendtreff Dinklage auf Förderung der inklusiven Kulturveranstaltung "Festival of Differences"**  
**Vorlage: DS-18-0395**

Bürgermeister Bittner verweist auf die Drucksache DS-18-0395. Das Festival finde seit 2015 jährlich statt und werde gut angenommen.

Es folgt eine rege Diskussion, in der u. a. Herr M. Windhaus erläutert, dass s. E. das Festival unterstützenswert ist. Den Ansatz beim Arbeitskreis Dinklusiv entsprechend zu kürzen halte er für ein falsches Signal.

Er (M. Windhaus) stellt den Antrag, für das Festival of Differences einen Zuschuss in Höhe von 2.000,00 € zu gewähren. Der Haushaltsansatz „Arbeitskreis Dinklusiv“ solle nicht gekürzt werden.

Frau Bausen verbindet mit der Kürzung des Ansatzes beim Arbeitskreis Dinklusiv keine Wertigkeit der jeweiligen Projekte (weder des Festivals noch die Arbeit des Arbeitskreises). Ihres

Erachtens könne eine entsprechende Kürzung des Ansatzes beim Arbeitskreis Dinklusiv erfolgen.

Sie (Bausen) stellt den Antrag, gemäß dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu verfahren – sprich den Betrag in Höhe von 2.000,00 € für das Festival of Differences zur Verfügung zu stellen und den Ansatz des Arbeitskreises Dinklusiv entsprechend zu kürzen.

Über den Antrag von Herrn M. Windhaus wird wie folgt abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Über den Antrag von Frau Bausen wird wie folgt abgestimmt: 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

**Beschlussvorschlag:**

Für das in 2020 stattfindende „Festival of Differences“ erhält der Verein Pro Jugend e.V. einen Zuschuss in Höhe von 2.000,00 €. Der Haushaltsansatz „Arbeitskreis Dinklusiv“ wird auf 8.000,00 € gekürzt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

**zu 6        Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2020  
Vorlage: DS-18-0398**

Stadtkämmerer Putthoff verweist auf die Sitzungsvorlage DS-18-0398 und erläutert die Gebührenbedarfsberechnung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird - wie bisher - auf 0,85 € je Frontmeter festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**zu 7        Beratung über die Eckdaten für das Haushaltsjahr 2020**

Vorsitzender Scheper dankt zunächst Herrn Stadtkämmerer Putthoff und Frau Nuxoll für das vorgelegte Zahlenwerk und bittet um Vortrag.

Stadtkämmerer Putthoff führt aus, dass die Eckdaten für das Haushaltsjahr 2020 im Ergebnishaushalt einen ordentlichen Überschuss in Höhe von 1.384.500 € ausweist. Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge belaufe sich auf 20.751.100 € und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 19.366.600 €.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten würden sich auf 1.251.400 € belaufen; die Abschreibungen (Aufwand) auf 2.144.300 €. Dieses würde ein Nettoaufwand in Höhe von 892.900 € bedeuten, der im laufenden Jahr zu erwirtschaften sei.

Außerordentliche Erträge seien mit 600.000 € eingeplant.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2018/2019 (Berechnungszeitraum 01.10.2018 – 30.09.2019), insbesondere bei der Gewerbesteuer, führe zu einer Erhöhung der Steuerkraft gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell negativ auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirke. Für 2020 würden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 845.000 € (Ansatz Vorjahr 1.035.700 €; Ergebnis 1.079.016 €) und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 267.700 € erwartet.

Darüber hinaus sei eine Kreisumlage in Höhe von 5.315.000 € (Vorjahr 5.433.500 €; Ergebnis 5.153.396 €) zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage sei von einem Hebesatz von 35 Punkte ausgegangen worden; das bedeute pro Punkt 151.857 € an Aufwendungen.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen würden in Höhe von 2.900.000 € veranschlagt werden. Es handele sich um Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 300.000 € (Bauvorhaben: Sanierung der Schwimmhalle, Sanierung der Realschule – denkmalgeschützter Teil, Grundschule Höner Mark inkl. Sporthalle – Brandschutz, Grundschule Kardinal-von-Galen - Innenhöfe und Parkplätze, Sporthalle Kardinal-von-Galen) sowie Darlehen vom Kreditmarkt von 2.600.000 €.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) würden sich auf 847.600 € belaufen, so dass Ende 2020 ein Schuldenstand von 10.585.844 € zu erwarten sei. Basierend auf die Einwohnerzahlen zum 30.06.2019 (13.114 Einwohner) bedeute dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 807 €. Die Nettoneuverschuldung belaufe sich auf 2.052.400 €.

Die wesentlichen Aufwendungen seien die Personalkosten in Höhe von 3.798.400 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt seien die Personalkosten um 117.900 € (3,2 %) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Zurückzuführen sei die Steigerung auf die voraussichtliche tarifrechtliche Erhöhung der Vergütung ab 01.03.2020 sowie auf die Neueinstellung eines Hallenwarts (Vollzeit), eines Mitarbeiters auf dem Bauhof (Teilzeit) und eines Mitarbeiters für die Überwachung des ruhenden Verkehrs (Teilzeit).

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen würden sich auf 2.095.00 € (Vorjahr 1.909.00 €) belaufen. Das bedeute eine Steigerung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 186.000 €. Die Haushaltsansätze würden auf die Haushaltsvoranschläge des Officialats bzw. der Anna-Stiftung auf Basis des Kindergartenjahres 2017/2018 beruhen. Bei den Haushaltsvoranschlägen des Officialats würden seit dem Kindergartenjahr 2017/2018 eine neue Nettodefizitregelung Anwendung finden. Dieses sei bei den aktuellen Haushaltsvoranschlägen berücksichtigt worden. Das Nettodefizit teile sich danach wie folgt auf: Kindergartenjahre 2017/2018 bis 2019/2020: 87 % Stadt und 13 % Kath. Kirche. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 würde der Anteil der Stadt 85 % betragen; der der Kath. Kirche 15 %. Der Landkreis Vechta beteilige sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 597.900 € (Vorjahr 597.500 € - in den Eckdaten hat sich an dieser Stelle ein Schreibfehler eingeschlichen. Er bittet, dieses zu entschuldigen).

An Zinsen seien 125.000 € eingeplant (Vorjahr 215.000 €). Die Senkung der Zinsen stehe im unmittelbaren Zusammenhang von Prolongation (Zinsanpassung) und außerordentlichen Tilgungen. Zinsen für Kassenkredite seien nicht eingeplant worden.

Die Gewerbesteuererträge seien mit 5.900.000 € (Vorjahr 5.400.000 €) eingeplant. Die Gewerbesteuer sei eine sog. Fahrstuhlsteuer. Sie habe in der Vergangenheit bereits ca. 7 Mio. €, aber auch 3,7 Mio. €, betragen. Das derzeitige Anordnungssoll belaufe sich auf rd. 7,9 Mio. €.

Die Gewerbesteuerumlage sei mit 605.000 € eingeplant. Umgerechnet seien 10,25 % der Gewerbesteuererträge als Umlage zu zahlen. Die Höhe der Gewerbesteuerumlage (Punkte) werde alljährlich neu festgesetzt. Der erhebliche Unterschied zum Vorjahr (1.070.000 €) sei auf die Festsetzung auf 35 Punkte (Vorjahr 64 Punkte) zurück zu führen. Bis Ende 2019 sei der Fonds Deutsche Einheit abfinanziert. Damit entfalle die Grundlage für die erhöhte Gewerbesteuerumlage.

Unter Berücksichtigung des vorläufigen Ergebnisses 2019 (+ 165.000 € gegenüber Ansatz) und der Orientierungsdaten des Landes würden Erträge von 5.980.000 Euro bei der Einkommensteuer erwartet.

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sei in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Das Land habe in den Jahren 2018 und 2019 über die Umsatzsteuer der finanziellen Belastung der Kommunen aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen entgegengewirkt. Dieses werde im Jahr 2020 nicht mehr erfolgen, so dass Mittel – wie im Vorjahr – in Höhe von 885.000 € eingeplant wurde.

Die Hebesätze seien nicht geändert worden (Grundsteuer A 336 %, Grundsteuer B 351 %, Gewerbesteuer 343 %).

Sodann geht er auf die für 2020 geplanten wesentlichen Investitionen ein:

|   |             |
|---|-------------|
| 1. Umbau Rathaus Nebengebäude   | 1.250.000 € |
| 2. Sanierung Freibad (Planungskosten)   | 252.100 €   |
| 3. Sporthalle Kardinal-von-Galen  | 1.300.000 € |
| 4. Neubau Kindergarten „In der Wiek“  | 2.400.000 € |
| 5. Neubau Bauhof (Nachfinanzierung)   | 500.000 €   |
| 6. Erwerb von sonstigen Grundstücksflächen                                      | 450.000 €   |
| 7. Erwerb von Ökopunkten  | 266.700 €   |
| 8. Investitionszuschuss an OOWV für RW-Kanal<br>innerörtliche Entlastungsstraße | 300.000 €   |
| 9. Höner Markweg - Teilabschnitt  | 720.000 €   |
| 10. Riedenweg   | 800.000 €   |
| 11. Erschließung von Wohnbauflächen   | 500.000 €   |
| 12. Erschließung von Gewerbeflächen   | 700.000 €   |

Es folgt eine kurze Diskussion, in der Herr M. Windhaus u. a. erklärt, dass die SPD-Fraktion die Einplanung von Mittel für den Umbau des Rathauses mit trage. Dieses entbehre jedoch keinen Beschluss über die Durchführung der Maßnahme. Dem städtebaulichen Konzept komme eine bedeutende Rolle zu. Hier solle nicht übereilt, sondern überlegt gehandelt werden.

Auf Antrag von Herrn Nordiek ergeht folgender

#### **Beschluss:**

Die Angelegenheit wird zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

#### **zu 8            Mitteilungen**

##### **zu 8.1        Mitteilung des Bürgermeisters hinsichtlich Teilnahme an Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung**

Bürgermeister Bittner weist auf die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung am 12.11.2019 in der Gaststätte Rheinischer Hof hin. Zu der Sitzung seien alle Ratsmitglieder eingeladen – insbesondere zum Tagesordnungspunkt 3 „Antrag des Herrn Ralf Jürgens auf Neubau eines Forschungsstalles für innovative Schweinehaltung der Firmen Big Dutchman und H. Bröring GmbH & CO. KG einschl. Nebenanlagen in Höne, Quakenbrück“. Hier werde u. a. hinsichtlich der Immissionen Staub, Geruch und Ammoniak vortragen; der Bauherr und Vertreter der Firmen Big Dutchmann und H. Bröring wären zugegen.

## **zu 8.2 Mitteilung des Bürgermeisters hinsichtlich Kindergarten "In der Wiek"**

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass er beabsichtige, die vom Neubau des Kindergartens „In der Wiek“ betroffenen Anlieger zu einer Versammlung einzuladen. Das Ergebnis des faunistischen Gutachtens bezüglich des vorhandenen Waldes liege noch nicht vor; dieses solle zunächst abgewartet werden.

In der Anliegerversammlung beabsichtige er zudem die geplanten Baumaßnahmen (Radweg, Brücke, Müllplatz etc.) vorzustellen.

## **zu 9 Anfragen und Anregungen**

### **zu 9.1 Anfrage von Herrn M. Windhaus bezüglich Breitbandausbau**

Herr M. Windhaus fragt an, ob es neue Erkenntnisse hinsichtlich des Breitbandausbaus durch den örtlichen Versorger (EWE) gibt.

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass die EWE sich insoweit geäußert hat, dass sie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten keinen Doppelausbau – neben der Deutschen Glasfaser Holding GmbH - durchführen wolle. Insofern gehe die Deutsche Glasfaser Holding GmbH zurzeit in die Offensive. Um den Breitbandausbau durchführen zu können, müssten 40 % der Haushalte sich für einen Glasfaseranschluss, der für den Bürger kostenlos ist, entscheiden. Um die Bürger entsprechend zu sensibilisieren, finde am kommenden Donnerstag, 07.11.2019 in der Gaststätte Rheinischer Hof eine entsprechende Veranstaltung statt.

Auf weitere Anfrage von Herrn M. Windhaus, ob die EWE - bei Nichterreichen der 40 % durch die Deutsche Glasfaser Holding GmbH - einen Breitbandausbau vornehmen werde, führt Bürgermeister Bittner aus, dass die EWE dieses schriftlich nicht zugesichert hat. Die EWE wolle dann die Angelegenheit nochmals überdenken und berechnen.

Insofern sollte die Stadt Dinklage s. E. offensiv mit der Angelegenheit umgehen, so dass die 40 % erreicht werden. Ansonsten verpasse die Stadt Dinklage evtl. die Chance des 100 %-igen Ausbaus des Stadtgebietes mit Glasfaser.

Sowohl Herr M. Windhaus als auch Herr Behrens können das Verhalten der EWE nicht nachvollziehen.

Auf Anfrage von Frau Witteriede führt Bürgermeister Bittner weiter aus, dass mit der Deutschen Glasfaser Holding GmbH ein Kooperationsvertrag geschlossen werden soll. Die Samtgemeinde Neuenhaus habe bereits mit der Deutschen Glasfaser Holding GmbH einen entsprechenden Kooperationsvertrag abgeschlossen; das Glasfasernetz sei dort bereits ausgebaut (ähnliche Größenordnung wie Dinklage). Auf Anfrage bei der Samtgemeinde habe er die Auskunft erhalten, dass die Maßnahme dort reibungslos verlaufen sei. Dort sei eine Aufsichtskraft (ehemaliger Mitarbeiter des Bauamtes) zur Überwachung der Baustellen eingestellt worden. Er beabsichtige, in Dinklage ähnlich vorzugehen.

Herr Schwarte weist auf die Bedeutung einer Vollversorgung des Dinklager Stadtgebietes mit Glasfaser hin. Insofern sei es s. E. wichtig, dass die Stadt Dinklage zum Gelingen des Ausbaus beiträgt.

### **zu 9.2 Anfrage von Frau Bausen bezüglich Blühstreifen im Baugebiet "Mühlenbachtal"**

Frau Bausen fragt an, warum der Blühstreifen im Baugebiet „Mühlenbachtal“ bereits jetzt gemäht wurde. Der Streifen habe noch nachgeblüht. Zudem sei das Mähgut nicht liegen gelassen worden. Diese Vorgehensweise sei aus Sicht des Naturschutzes nicht sinnvoll.



Bürgermeister Bittner führt aus, dass er auf diese Thematik bereits angesprochen wurde. Die ausführende Firma habe ihm bestätigt, dass der Blühstreifen gemulcht wurde; ein Abfahren des Mähgutes sei nicht erfolgt.

Er werde die Angelegenheit nochmals klären.

**zu 9.3 Anregung von Frau Bausen hinsichtlich Befahrung des Parks im Baugebiet "Mühlenbachtal"**

Frau Bausen weist darauf hin, dass LKW's in den Park im Baugebiet „Mühlenbachtal“ gefahren sind. Dieses müsse unterbunden werden.

August Scheper  
Vorsitzender

Edith Nuxoll  
Protokollführung

Frank Bittner  
Bürgermeister